Fachliche Hinweise

Wir haben die „schwarze Null“

Einerseits steht Deutschland ganz gut da: Die für 2016 angestrebte „schwarze Null“ wurde bereits 2014 erreicht und in den Bundeshaushalten ab 2015 sind ebenfalls keine neuen Schulden eingeplant. Das ist tatsächlich ein historischer Moment, denn damit wird die jahrzehntelange Praxis, einfach mithilfe neuer Kredite das Haushaltsdefizit auszugleichen, beendet. Dies war tatsächlich zuletzt im Jahr 1969 erreicht worden.

Andererseits besteht weiterhin eine hohe Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland. Die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen summierten sich am Ende des Jahres 2014 auf insgesamt 2.170 Milliarden Euro. Damit lag die Schuldenquote (= das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt) bei 75 Prozent. Global gesehen liegt Deutschland damit zwar unter dem Durchschnitt, doch auch diese Tatsache kann nicht wirklich erleichtern. Denn die globale Entwicklung zu immer höheren Staatsschulden kann jederzeit neue Krisen hervorrufen, die sich negativ auf die deutschen Finanzen auswirken können. In Politik und Wissenschaft gibt es keinen Konsens darüber, ab wann viele Schulden zu viele sind.

Schulden sind nicht gleich Schulden

Meist entstehen Lücken in einem Haushaltsplan durch höhere Ausgaben, die nicht vorhersehbar waren und die nicht einfach an anderer Stelle eingespart werden können. Auch durch niedrigere Steuereinnahmen als zuvor von der Steuerschätzung veranschlagt können Haushaltslöcher entstehen. Für solche ungeplanten Haushaltslöcher muss ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden. In wirtschaftlichen Krisenzeiten kann ein Defizit im Haushalt von einer Regierung toleriert werden. Zahlreiche Ökonomen empfehlen, in der Rezession die Konjunktur durch höhere Staatsausgaben anzukurbeln, notfalls auch durch eine höhere Neuverschuldung (im Englischen als *Deficit Spending* bekannt). Doch diese Auffassung steht diametral im Widerspruch zu der Einstellung, dass gesunde, ausgeglichene Staatsfinanzen die Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist. Auf jeden Fall sind für die deutsche Regierung die Möglichkeiten, eine Neuverschuldung in die Haushaltsplanung einzubauen, inzwischen stark eingeschränkt – zum einen durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, zum anderen durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.

Haushaltssanierung durch Sparpolitik?

Generell ist es einfacher, Schulden zu machen, als sie wieder abzubauen. Für den Schuldenabbau ist der Staat entweder auf höhere Einnahmen angewiesen (beispielsweise durch Steuererhöhungen, Wirtschaftswachstum oder Privatisierung von Staatsgütern) oder er muss Ausgaben kürzen. Kritisch wird es, wenn die Schuldenlast so groß ist, dass der Staat gezwungen ist – wie im Fall Griechenlands, aber auch in vielen anderen Industriestaaten –, immer neue Kredite aufzunehmen, um die Zinsen und Schuldentilgung zu bedienen.

Für die griechische Regierung gibt es keinen einfachen Ausweg aus der Schuldenspirale, insbesondere deswegen, weil die wirtschaftliche Lage schlecht ist, Reformen innenpolitisch auf heftige Widerstände stoßen und die Kreditgeber das Vertrauen in die griechische Regierung verloren haben. Der griechische Staat ist praktisch handlungsunfähig – mit extremen Folgen für die griechischen Bürgerinnen und Bürger, die seit Jahren Kürzungen bei den Sozialleistungen hinnehmen müssen und gleichzeitig wegen der hohen Arbeitslosenquoten wenig Perspektiven haben. Die Zerrüttung der Staatsfinanzen trifft vor allem wirtschaftlich Schwache, die auf medizinische Leistungen, Renten oder Arbeitslosenhilfe angewiesen sind. So wundert es nicht, dass die Sparpolitik, die den griechischen Haushalt sanieren soll, intern, aber auch international heftig umstritten ist.

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

Ergänzende Materialien

www.bpb.de/politik/wirtschaft/schuldenkrise/193424/einleitung-sparen-oder-investieren

Auf dem Portal der Bundeszentrale für politische Bildung finden Sie hier solide Hintergrundinformationen zu den Themen Haushaltspolitik, Staatsverschuldung und Schuldenbremse. Dazu zählen auch weiterführende Artikel über die europäische Dimension der Schuldenkrise.

Marc Brost/Kolja Rudzio, „Unsere Griechenländer", in: Die Zeit Nr. 51 vom 15. Dezember 2011. Online unter: »http://www.zeit.de/2011/51/Deutsche-Griechen« (Stand: Juli 2015)

In diesem Zeit-Artikel hinterfragen die Autoren kritisch, wie solide die deutsche Haushaltspolitik tatsächlich ist. Anhand der unterschiedlich strengen Maßstäbe für die Haushalte des Bundes und der Länder wird klar, wie schwierig eine Einschätzung der Höhe der Gesamtverschuldung Deutschlands ist.

Materialübersicht

Stunde 1	**Ein gesunder Haushalt – was ist das?**
M 1 (Fo)	Warum macht ein Staat Schulden? – Zitate und Schlagzeilen
M 2 (Ab)	Auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt – die Entwicklung im Bund
Stunde 2	**Die Ausgaben des Staates und der Abbau der Schulden**
M 3 (Ab)	Die wichtigsten Posten im Bundeshaushalt – und wer darüber entscheidet
M 4 (Tx)	Wozu gibt es die Schuldenbremse?
Stunde 3	**Eine „schwarze Null" um jeden Preis?**
M 5 (Tx)	Sparen, sparen, sparen! – Die „schwarze Null" im Bundeshaushalt
Lernerfolgskontrolle	
M 6 (Lk)	Einnahmen, Ausgaben und Schuldenbremse – zehn Dinge, die ich wissen muss
M 7 (Gl)	Staatshaushalt und Schuldenbremse – die wichtigsten Fachbegriffe

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

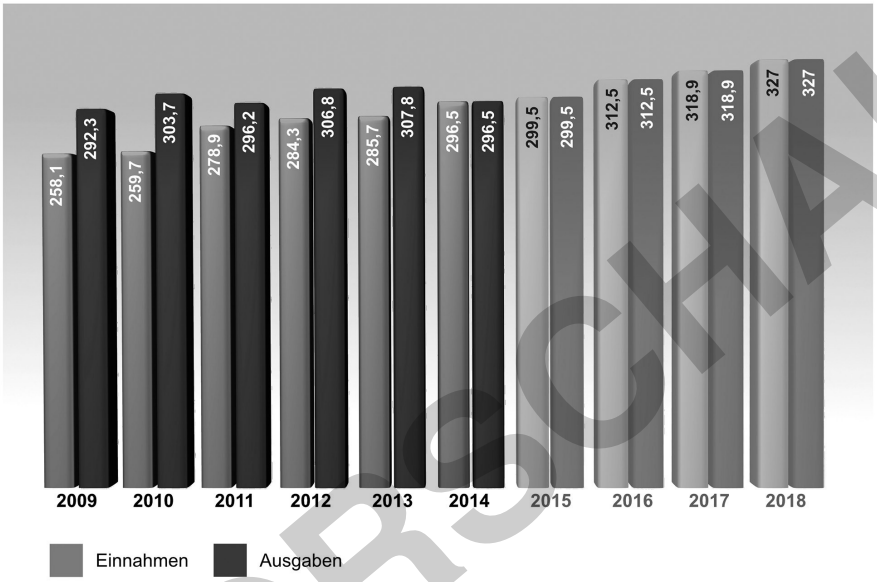
M 2

Auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt – die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bund

Eigentlich ist es banal: Man kann nur das ausgeben, was man auf der anderen Seite einnimmt. Das gilt für Privathaushalte ebenso wie für den Staat. Wenn die Staatsausgaben über den Einnahmen liegen, dann besteht ein sogenanntes „negatives Finanzierungssaldo". Anders gesagt: Die Staatskasse ist im Minus. In diesem Fall muss der Staat Kredite aufnehmen. Er muss also Schulden machen und dafür Zinsen zahlen.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

2009 bis 2014: Ist-Werte – 2015 bis 2018:
Finanzplan der Bundesregierung bis 2018 (Angaben in Milliarden Euro)



Zahlen nach: Bundesministerium der Finanzen © Oliver Wetterauer

Was ist mit den Altlasten?

Jahrelang lief es so: Immer dann, wenn die Ausgaben über den Einnahmen lagen, hat der Staat neue Schulden aufgenommen und damit einen regelrechten „Schuldenberg" anwachsen lassen. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland belief sich Ende 2014 auf **2.170 Milliarden Euro**. Diese Summe der in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt aufgelaufenen Schulden von Bund, Ländern und Kommunen liegt damit ein Vielfaches über den Einnahmen.

Der stetig wachsende Schuldenberg

Da für das geliehene Geld jährlich Zinsen gezahlt werden müssen, erhöht sich damit auch die Zinslast – was wiederum die Ausgaben des Staates erhöht. Derzeit wächst der Schuldenberg von Deutschland in jeder Sekunde um 1.556 Euro! Auf der Staatsschuldenuhr kann man nachsehen, wie viel Schulden Deutschland im Moment hat. Sie finden die Uhr hier: *www.staatsschuldenuhr.de/*.

Foto: Fredrik von Erichsen/ © picture alliance/dpa

Der deutsche Staat ist derzeit bei seinen Gläubigern mit mehr als zwei Billionen Euro verschuldet (Aufnahme vom 12.3.2014).

Aber Vorsicht! Die Angaben aus der Schuldenuhr *können die tatsächliche Höhe des aktuellen Schuldenstandes* nicht wiedergeben. Das liegt daran, dass vom Schuldenstand am Ende des letzten Jahres ausgegangen und dann geschätzt wird, wie hoch die Neuverschuldung im laufenden Jahr sein wird. Daraus errechnet sich, wie hoch der Schuldenstand in der aktuellen Sekunde ist. Aber letztlich kann niemand genau wissen, wie sich die Steuereinnahmen, notwendige Ausgaben und die Höhe der gesamten Schulden im laufenden Jahr tatsächlich entwickeln. Dabei ist auch zu beachten, dass auch die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler lediglich die Gesamtverschuldung des Staates in absoluten Zahlen angibt. Damit ist noch nichts über die Fähigkeit eines Staates gesagt, diese Schulden zurückzahlen zu können.

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

Erläuterung (M 2)

Die Schülerinnen und Schüler erfahren, wie sich Einnahmen und Ausgaben sowie die Nettokreditaufnahme Deutschlands seit 2009 entwickelt haben. Sie erkennen, welche Folgen die jährliche Neuverschuldung für den Staat hat. Anschließend setzen sie sich damit auseinander, welche Probleme die Gesamtverschuldung insbesondere für zukünftige Generationen mit sich bringt.

Zu Aufgabe 1: Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Staates steigen über die Jahre betrachtet insgesamt an. Betrugen die Ausgaben 2009 noch 292,3 Milliarden Euro, so steigt dieser Wert bis zum Jahr 2018 laut Prognose auf 327 Milliarden Euro. Es gibt lediglich zwei „Ausnahmejahre", das sind die Jahre 2011 und 2014. Auf der Einnahmenseite ist ein ständiger Anstieg zu erkennen. Ab dem Jahr 2014 stimmen die Einnahmen mit den Ausgaben überein, was bedeutet, dass ab dem Jahr 2014 keine Neuverschuldung mehr erfolgt (= Differenzbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben). Auch für die Folgejahre soll laut Prognose keine Neuaufnahme von Krediten mehr erfolgen.

Zu Aufgabe 2: Die Rechnung sieht folgendermaßen aus:

Einnahmen 2009 bis 2013:	1366,7 Milliarden
Ausgaben 2009 bis 2013:	– 1506,8 Milliarden
Saldo	**– 140,1 Milliarden**

Für die Jahre 2009 bis 2013 hat sich ein Minus von ca. 140 Milliarden angesammelt. In dieser Höhe mussten also zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Im Jahr 2014 ist der Staatshaushalt ausgeglichen. Das bedeutet auch, dass keine neuen Kredite aufgenommen wurden. Ebenso ist es für die Folgejahre geplant. Wie aus der Rechnung oben deutlich wird, bestehen aber dennoch enorme alte Schulden, für die Zinsen und Zinseszinsen anfallen, was weiterhin den Staatshaushalt belastet.

Zu Aufgabe 3: Die gesamten Ausgaben belaufen sich laut Schaubild im Jahr 2015 auf 299,5 Milliarden Euro. Die Bundesschuld beträgt 28 Milliarden Euro. Rund 9,3 Prozent aller Ausgaben des Bundes entfallen im Jahr 2015 also voraussichtlich auf die Bundesschuld.

Zu Aufgabe 4: Auch wenn der Haushalt ab den Jahren 2014 ausgeglichen sein wird, hat der Staat in der Vergangenheit jährlich neue Schulden aufgenommen und so einen enormen „Schuldenberg" angehäuft. Zusätzlich zu der Tilgung der Schulden muss der Bund dafür auch die Zinsen und Zinseszinsen bezahlen. Ein großer Teil der Steuereinnahmen wird heute allein auf die Bezahlung der Schuldenzinsen verwendet. Keiner kann genau sagen, wann und ob es überhaupt gelingen kann, dass Deutschland alle seine Schulden eines Tages zurückzahlen wird. Für die zukünftigen Generationen stellt dies eine starke Belastung dar und es ist auch nicht gerecht, wenn sie die Zinslasten für Kredite tragen müssen, die für Ausgaben in der Vergangenheit verwendet wurden.

Zur Zusatzaufgabe: Hier die vereinfachten Worterklärungen:

a) Tilgung: Die Rückzahlung eines Kredites bzw. von Schulden, meist in Form von regelmäßigen Raten.

b) Staatsanleihen: Wertpapiere, die vom Staat herausgegeben werden, um sich Geldmittel auf dem Anleihenmarkt zu verschaffen. Staatsanleihen werden an den Börsen gehandelt und ihr Kurs schwankt je nach Angebot und Nachfrage.

c) Neuverschuldung: Die Aufnahme neuer Kredite bei gleichzeitig noch nicht abbezahlten Altschulden. Beispielsweise kommt es im Staatshaushalt zu einer Neuverschuldung, wenn die Einnahmen aus dem Haushaltsjahr nicht ausreichen, um alle notwendigen Ausgaben zu tätigen – darunter auch die Abzahlung alter Schulden.

Linktipp: Auf der Seite des Bundesfinanzministeriums finden Sie weitere Informationen über die Haushaltsplanung des Bundes: *http://www.bundeshaushalt-info.de/anleitung.html*

VORSCHAU

netzwerk lernen

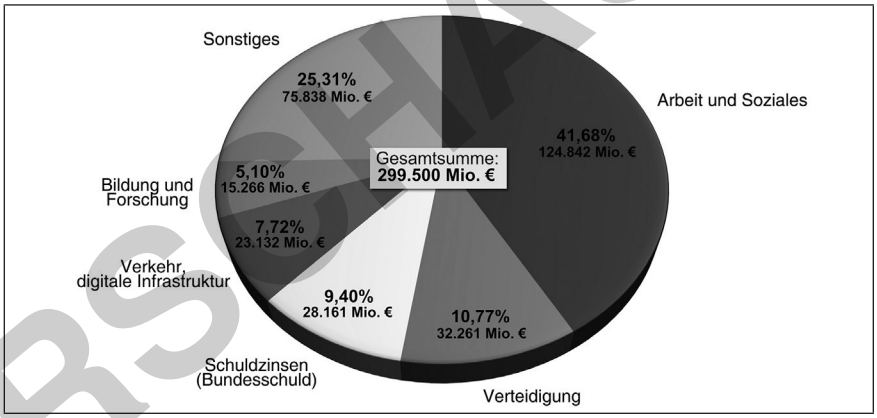
zur Vollversion

Erläuterung (M 3)

Zu Aufgabe 1: So verteilen sich die Ausgaben im Bundeshaushalt 2015:

Ressort	**Ausgaben** in Millionen Euro	**Anteil am Gesamtetat**
Arbeit und Soziales	124.842	41,68 %
Verteidigung	32.261	10,77 %
Schuldzinsen (Bundesschuld)	28.161	9,40 %
Verkehr, digitale Infrastruktur	23.132	7,72 %
Bildung und Forschung	15.266	5,10 %
Allgemeine Finanzverwaltung	14.145	4,72 %
Gesundheit	12.055	4,03 %
Familie	8.457	2,82 %
Wirtschaft, Energie	7.124	2,38 %
Entwicklungshilfe	6.445	2,15 %
Inneres	5.732	1,91 %
Umwelt	3.905	1,30 %
Sonstiges	17.975	6,00 %
Gesamtsumme	**299.500**	100 %

Hier eine Darstellung in Form eines Kreisdiagramms:



Zu Aufgabe 2: An erster Stelle bei den Ausgaben des Bundeshaushaltes steht der Bereich „Arbeit und Soziales“. Mit dem hierfür vorgesehenen Geld kann der Staat Sozialleistungen finanzieren.

Beispiele: **Kindergeld, Arbeitslosengeld, Wohngeld, Rente, Hartz IV.**

Zu Aufgabe 3: Der Staat muss ca. jeden **elften Euro** für die Bedienung der Schuldzinsen ausgeben (aufgerundet: jeden zehnten Euro). Auffallend ist, dass dieser Posten der drittgrößte im gesamten Haushalt ist.

Zu Aufgabe 4: In der Regel werden Haushaltsüberschreitungen durch weitere Kreditaufnahmen ausgeglichen. Die Möglichkeit, kurzfristig die Steuern zu erhöhen, hat der Staat in der Regel nicht. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, regelmäßige öffentliche Geldleistungen wie Renten, Pensionen, Beamtengehälter zurückzubehalten oder zu kürzen.

Was ist ein Nachtragshaushalt? – Zusatzinformation

Das kommt immer wieder vor: Mitten im Haushaltsjahr muss die Bundesregierung plötzlich zusätzliche Ausgaben finanzieren, die im verabschiedeten Haushaltsplan nicht vorgesehen waren. Das kann aufgrund von Naturkatastrophen oder auch unvorhergesehener Entwicklungen wie Massenentlassungen erforderlich sein. Dann muss die Bundesregierung auf einen nicht eingeplanten Finanzbedarf schnell reagieren und kann nicht bis zum Folgejahr abwarten. Dazu wird ein sogenannter Nachtragshaushalt aufgestellt. Damit kann das bereits in Kraft befindliche Haushaltsgesetz und der dazu gehörende Haushaltsplan geändert werden. Für den Nachtragshaushalt gilt grundsätzlich das gleiche Gesetzgebungsverfahren wie für den regulären Bundeshaushalt.

VORSCHAU
netzwerk lernen
zur Vollversion

M 4

Wozu gibt es die Schuldenbremse?

Warum gibt es eine Schuldenbremse?

Foto: © picture alliance/ chromorange

Um die Staatsverschuldung nicht immer weiter anwachsen zu lassen, einigte man sich in Deutschland auf eine sogenannte „Schuldenbremse". Dazu wurde das Grundgesetz geändert. In Artikel 109 Absatz 3 steht jetzt:

> *„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen".*

Dafür wurden Übergangsfristen vereinbart – der Bund muss spätestens ab 2016 einen ausgeglichenen Haushalt haben, die Länder ab dem Jahr 2020.

Neue Kredite werden grundsätzlich verboten – es gibt aber Ausnahmen:

- Der Bund darf jedes Jahr neue Kredite in Höhe von 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt aufnehmen. Diese Ausnahme gilt jedoch nicht für die Bundesländer.
- Bei Rezessionen*, oder um die Konjunktur im Abschwung anzukurbeln, dürfen weitere Kredite aufgenommen werden. Diese Kredite laufen über ein „Kontrollkonto" und müssen im Konjunkturaufschwung getilgt werden.
- Die Bundesregierung kann weiterhin Bürgschaften für ausländische Schulden übernehmen. Hier gibt es keine Obergrenze. Das Problem dabei: Können die ausländischen Schuldner nicht mehr zahlen, haftet die Bundesregierung.

Regelung mit Verfassungsrang

Die Schuldenbremse hat Verfassungsrang. Das ist aus zwei Gründen wichtig: 1. So kann sie nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden. 2. Außerdem kann das Bundesverfassungsgericht relativ einfach einen Haushaltsplan für ungültig erklären. Denn die Verabschiedung der Haushaltspläne des Bundes und der Länder erfolgt jeweils in Form von einfachen Gesetzen – auch Haushaltsgesetz genannt. Wenn ein Haushaltsgesetz die Schuldenbremse verletzt, kann das Bundesverfassungsgericht das Haushaltsgesetz für ungültig erklären. Das ist im Bundesland Nordrhein-Westfalen bereits einmal geschehen: Der Nachtragshaushalt 2011 wurde am 15. März 2011 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsgericht für ungültig erklärt.

Nach: www.staatsverschuldung.de/schuldenbremse.htm (abgerufen am 14.7.2015)

* Als „Rezession" bezeichnet man eine Situation, in der das Bruttoinlandsprodukt rückläufig ist und das Wirtschaftswachstum sinkt. Man sagt in diesem Fall auch: „Die Wirtschaft schrumpft."

Zur Beurteilung der Schuldenlast – Infokasten

Um zu beurteilen, ob die Schulden eines Staates vergleichsweise hoch oder niedrig sind, gibt es folgende Bewertungsmaßstäbe:

1) Die **Schuldenquote** (auch **Verschuldungsquote** oder **Schuldenstandsquote**) gibt an, wie hoch der Anteil der Gesamtverschuldung am BIP ist (in Prozent). Je höher die Schuldenquote, desto ungünstiger fällt das Verhältnis zwischen Schulden und Wirtschaftsleistung aus. Ab wann die Schuldenquote kritisch wird, ist umstritten. Manche Experten sagen, die Grenze liege bei 90 Prozent.
➲ Die Schuldenquote eignet sich gut für den Vergleich der Schulden unterschiedlicher Staaten.

2) Die **Zins-Steuer-Quote** gibt an, wie hoch der Anteil der Zinsausgaben an den gesamten Steuereinnahmen eines Jahres ist (in Prozent). Je höher der Wert, desto ungünstiger fällt das Verhältnis zwischen Zinsausgaben und Steuereinnahmen aus.

3) Die **Zins-Ausgaben-Quote** gibt an, wie hoch der Anteil der Zinsausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben ist (in Prozent). Je höher der Wert, desto ungünstiger fällt das Verhältnis zwischen Zinsausgaben und den gesamten staatlichen Ausgaben aus.
➲ Die Zins-Steuer-Quote und die Zins-Ausgaben-Quote zeigen die Belastungen auf, denen ein Staat durch bestehende Schulden ausgesetzt ist – denn für Schulden fallen Zinsen an.

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

Aufgaben

1. *Lesen Sie den Text. Was ist mit dem Begriff „Schuldenbremse“ gemeint? Formulieren Sie dazu einen Merksatz.*

   .....

   .....

   .....

2. *Erläutern Sie, weshalb die Politiker eine Schuldenbremse beschlossen haben.*

   .....

   .....

   .....

   .....

3. *Lesen Sie den Infokasten. Beurteilen Sie dann die folgenden Aussagen daraufhin, ob sie richtig oder falsch sind. Kreuzen Sie jeweils an:*

Aussagen	richtig	falsch
1. Mit der Einführung der Schuldenbremse ist es dem deutschen Staat in Zukunft absolut verboten, weitere Schulden zu machen.		
2. Ein Land mit einer hohen Wirtschaftsleistung kann Schulden besser verkraften als ein Land mit einer niedrigen Wirtschaftsleistung..		
3. Um angeben zu können, ob die Schulden eines Staates vergleichsweise hoch oder niedrig sind, ist die Gesamtschuldenlast in absoluten Zahlen aussagekräftig.		
4. Ein guter Maßstab zur Beurteilung der Höhe der Schulden ist das Verhältnis der Schulden zum BIP.		
5. Auch das Verhältnis der Ausgaben für Zinsen zu den Gesamtausgaben des Staates ist eine wichtige Größe zur Bewertung der Schuldenlast, denn für die Schulden fallen auch Zinsen an.		

VORSCHAU

Erläuterung (M 4)

Zu Aufgabe 1: Ein möglicher Merksatz könnte sein:

Merke

Die Schuldenbremse ist ein Instrument, mit dem der Zuwachs an öffentlichen Schulden begrenzt werden soll. Der Staat verpflichtet sich damit, neue Schulden nur noch bis zu einer bestimmten Höhe zu machen. In Deutschland wurde die Schuldenbremse im Jahr 2009 per Gesetz eingeführt. Sie steht nun in der Verfassung.

netzwerk lernen
zur Vollversion

M 6

Einnahmen, Ausgaben, Schuldenbremse – zehn Dinge, die ich wissen muss

1. *Was zählt zu den wichtigsten Einnahmequellen des Staates?*
   - ☐ Bürgschaften und Nettokreditaufnahme
   - ☐ Umsatzsteuer, Lohn- und Einkommensteuer, Energiesteuer
   - ☐ Solidaritätszuschlag, Staatsanleihen und Bundesbanküberschüsse

2. *Der Staat hat viele verschiedene Aufgaben. Um diese zu erfüllen, braucht er Geld. Nennen Sie drei Beispiele für Dinge, die mit staatlichen Geldern finanziert werden:*

   .....

   .....

   .....

3. *Welcher Ausgabeposten ist der größte im Haushaltsplan des Bundes?*
   - ☐ Arbeit und Soziales
   - ☐ Bundeswehr und innere Sicherheit
   - ☐ Konjunkturbelebung
   - ☐ Straßenbau und Ausbau der digitalen Infrastruktur

4. *Was versteht man unter Gesamtverschuldung?*
   - ☐ die Summe der in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt aufgelaufenen Schulden
   - ☐ die Gesamtliste aller Gläubiger des deutschen Staates
   - ☐ die Summe aller Anleihepapiere, die der deutsche Staat ausgibt, um sich Geld auf dem Finanzmarkt zu beschaffen

5. *Schulden sind letztlich auch nichts anderes als …*
   - ☐ Verpflichtungen gegenüber den Banken.
   - ☐ Verpflichtungen gegenüber den Schuldnern.
   - ☐ Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern.

6. *Mit Neuverschuldung ist gemeint:*
   - ☐ die Aufnahme eines neuen Kredites abzüglich der Tilgung der Altschulden.
   - ☐ der Betrag, der in einem Haushaltsjahr an neuen Schulden aufgenommen wird.
   - ☐ die Ablösung eines alten Kredites durch einen neuen Kredit mit günstigeren Zinsen.

7. *Deutschland hat die Schuldenbremse eingeführt. Was folgt daraus nicht?*
   - ☐ Dass die Bundesländer ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen dürfen.
   - ☐ Dass der Staat auch weiterhin neue Schulden machen darf.
   - ☐ Dass die Bedienung der Bundesschuld nach wie vor ein großer Ausgabenposten im Bundeshaushalt ist.

8. *Die Schuldenquote des deutschen Staates liegt bei ungefähr*
   - ☐ 30 Prozent.
   - ☐ 50 Prozent.
   - ☐ 75 Prozent.
   - ☐ 120 Prozent.

9. *Ein Nachtragshaushalt muss dann beschlossen werden, …*
   - ☐ wenn in einem Haushaltsjahr die Grenze von maximal 60 Prozent Schuldenquote überschritten wird.
   - ☐ wenn unerwartete Mehrausgaben anfallen, die nicht durch Mehreinnahmen abgedeckt werden können.
   - ☐ wenn dem Wirtschaftsminister nachträglich noch ein guter Investitionsplan einfällt.

10. *Wer beschließt über die Höhe der einzelnen Posten im Haushaltsplan (im Bund)?*
    - ☐ Zunächst die Regierung und dann müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen.
    - ☐ Zunächst die Länderparlamente und dann muss der Bundestag zustimmen.
    - ☐ Zunächst der Bundesfinanzminister und dann muss die Bundeskanzlerin zustimmen.

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion